

Neudruck

Antrag

der AfD-Fraktion

Transparenz für TTIP-Entscheidung im Bundesrat

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, die mittelfristig anstehende Entscheidung zum Freihandelsabkommen TTIP im Bundesrat auf eine fundierte Informationsbasis zu stellen. Die Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Vertreter Brandenburgs im Bundesrat ausreichende Einsichtnahme in alle Vertragsbestandteile bekommen.

Begründung:

Laut Süddeutscher Zeitung vom 10.09.2015 verlautete die US-Botschaft auf Anfrage bekannt, dass das aktuelle Verfahren nicht vorsehe, dass Mitglieder der Parlamente der Mitgliedsstaaten die konsolidierten Texte einsehen. Bundestagspräsident Norbert Lammert beklagte, dass die exklusiven Zugangsregeln zu den TTIP-Dokumenten, bei denen Abgeordnete ausgeschlossen werden, völlig inakzeptabel seien. Im Bundesrat müssen sich Landesregierungsmitglieder zum TTIP eine fundierte Meinung bilden können. Ohne umfangreiche und ausreichende Einsichtnahme wäre unter Risikogesichtspunkten keine fundierte Entscheidung möglich. Ein Parlament würde seine Glaubwürdigkeit verlieren, wenn es etwas beschließe, von dem es keine vollständige Kenntnis hat. Eine Ablehnung von TTIP wäre die logische Konsequenz intransparenter Abstimmungsvorlagen. Um zu verhindern, dass allein schon mangelnde Transparenz zur Ablehnung von TTIP und damit auch seiner Chancen führt, ist eine gesicherte Informationsbasis herzustellen.

Dr. Alexander Gauland
für die AfD-Fraktion